

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden  
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 17.

Charlottenburg, Freitag, den 25. April 1919.

Jahrg. 46.

## Auf zur Maiseier!

Die Arbeiterklasse wird in diesem Jahre am 1. Mai eine internationale Meierschau abhalten, die nach den langen Kriegsjahren die Grundsätze und Gedanken des Friedens wieder pflegen soll. Für die deutschen Arbeiter wird die Maiseier dieses Mal eine erhöhte Bedeutung haben, weil wir den Sieg der Revolution über die finsternen Mächte der Reaktion feiern können.

Seit 1889 war der 1. Mai der Tag der internationalen Demonstration des Proletariats für Arbeiterschutz und Weltfrieden. Unsere Kundgebungen sollten den herrschenden Massen das Gewissen reden, die Sozialpolitik nicht zu vernachlässigen und die ernste Friedenspolitik zu betreiben. Und sie sollten nicht nur den Indifferenten und Lauen unter den Arbeitern selbst die Gedanken der Solidarität der Arbeit nahebringen, sie aufrufen zum organisierten Kampf für den Achtstundentag, für vermehrten Arbeiterschutz und für den Weltfrieden.

Die diesjährige Maiseier wird für den deutschen Arbeiter die Siegesfeier sein: Der Achtstundentag ist durch die Revolution in unserem Lande verwirklicht und die gesamte Sozialpolitik ist unter dem Einfluß der Arbeiter. Ihre eigenen Vertreter haben in der Regierung die ausschlaggebende Bedeutung, die die wirksamen Förderung des Arbeiterschutzes nötig ist, und wir haben bereits eine ganze Anzahl von Verordnungen mit Gesetzeskraft durchgesetzt, die die Fesseln des alten Rechts den Arbeitern nehmen und wichtige neue Rechte zur Durchführung bringen. Die Sicherstellung des Koalitionsrechts für alle Arbeitnehmer, die förmliche Anerkennung der Vertragsfähigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Arbeiterrechts zeigen den neuen sozialistischen Geist, der mit dem Siege der Revolution in die deutsche Regierung eingeht.

Auch außerhalb der deutschen Grenzen bereitet die Revolution eine soziale Umwälzung und den grundlegenden Fortschritt der Sozialpolitik vor. In Rußland und in Oesterreich-Ungarn hat die Revolution den Achtstundentag gebracht und alle Fesseln, die eine reaktionäre privilegierte Klasse dem arbeitenden Volk auferlegte, beseitigt. Die sozialistische Neugestaltung der Gesellschaft ist dort wie hier das große Problem, das alle beschäftigt. Die revolutionäre Flut meldet sich selbst in den Ländern des siegenden Imperialismus der Weststaaten; in Italien und Frankreich haben die Arbeiter eine deutliche Sprache. Schon meldet die Presse von einem Entgegenkommen der französischen Regierung in Sachen des Achtstundentages, dieselbe Regierung, die in den besetzten Gebieten den Achtstundentag der deutschen Revolution brutal aufhob. In England und Amerika marschiert der Achtstundentag ebenfalls, auch die neutralen Länder sehen sich unter dem Druck der Arbeiter genötigt, den Normalarbeitstag des Proletariats anzuerkennen. Das ist der Sieg auf der ganzen Linie.

Nicht ganz so zuversichtlich ist das Problem des Weltfriedens zu beurteilen. Die Hoffnung der Arbeiter aller Länder, sie würden den lange drohenden Krieg verhindern und im Weltfrieden sichern können, wurde durch den Ausbruch des Weltkrieges zertrümmert. Während dieses schrecklichsten aller Kriege, der Irrsinn und Wahnsinn zum obersten Gesetz des menschlichen Handelns erhob und Verbrechen auf Verbrechen häufte, wurde die Idee des Völkerbundes zur neuen Hoffnung der neuen Menschheit. Was das sozialistische Proletariat seit 1889 alljährlich am ersten Maientage stürmisch verlangt hatte, wurde selbst von den herrschenden Klassen aller Länder mehr oder

weniger offen als die einzig möglich erscheinende Rettung anerkannt.

Selbst die Vertreter des siegreichen Imperialismus haben sich, unwillig zwar, schließlich mitreißen lassen müssen. Lange genug haben sie in den Pariser Beratungen den Plänen des Präsidenten Wilson Widerstand geleistet und auch heute noch besteht kein Zweifel darüber, daß insbesondere die herrschende Klasse Frankreichs den Völkerbund nur insoweit wünscht, als er ihr die Herrscherstellung zu sichern und die Gewalt über die besiegten Völker zu geben vermag. Der Entwurf, der aus den Beratungen in Paris hervorgegangen ist und der Welt mitgeteilt wurde, zeigt gar zu deutlich diese Spuren eines machthungrigen Imperialismus.

Diese Satzungen eines Völkerbundes sind nicht geeignet, die Arbeiterklasse zu befriedigen. Sie sind noch völlig ungenügend und in ihrer bisher bekanntgegebenen Gestalt auch untauglich, den Frieden der Welt zu sichern. Nur unter dem Einfluß der Arbeiterklasse wird ein Völkerbund entstehen können, der den wirklichen Frieden und an Stelle von Ausbeutung und Völkerhaß den Geist der Solidarität und Bruderliebe den aus Tausenden Wunden blutenden Völkern bringt.

Daß die Arbeiter trotz der Wirren des Krieges diesen Geist noch pflegen, hat die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern im Februar d. J. klar und deutlich gezeigt. Hier tagten zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges Vertreter der Gewerkschaften beider kriegsführenden Gruppen und der Neutralen. Kein Wort der Zwietracht störte die Verhandlungen, die zu einstimmig gefaßten Beschlüssen führten. Die Berner Gewerkschaftskonferenz forderte einen Völkerbund der Gerechtigkeit und des Rechts, einen Völkerbund der menschlichen Solidarität. Und sie forderte einen beschleunigten Ausbau der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung, der die Regeneration der Völker fördern und die erste internationale Grundlage für den Sozialismus als System der Weltwirtschaft schaffen soll.

Gerade diese Forderungen müssen wir bei der diesjährigen Maiseier in den Vordergrund rücken. Die internationale Durchführung und Förderung des Arbeiterschutzes wird um so mehr zum Brennpunkt der Arbeiterforderungen, je mehr unser Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung in den einzelnen Ländern steigt. Und der internationale Charakter der Maiseier wird mit besonderer Schärfe dadurch unterstrichen, daß überall in der Welt, wo an diesem 1. Mai sich die Proletarier versammeln, der internationale Arbeiterschutz und der Völkerbund Gegenstand ihrer Beratungen und Forderungen wird.

Für uns in Deutschland bleibt noch die Ehrenpflicht, unserer in fremder Kriegsgefangenschaft schmachtenden Volksgenossen zu gedenken. Zur Sklavenarbeit hat der haßerfüllte französische Chauvinismus unsere Kriegsgefangenen verurteilt. Wir haben in Bern dagegen protestiert und von den Gewerkschaftsvertretern Frankreichs und Englands die Zusage erhalten, daß sie gegen diese brutale Verflabung unserer Kriegsgefangenen vorgehen werden. An dieses Versprechen müssen wir sie am 1. Mai, am Tage der Arbeit, erinnern und die Erwartung aussprechen, daß die Arbeiter Frankreichs und die Arbeiter Englands die Sklaverei bekämpfen, in die ihre herrschenden Klassen Angehörige unseres Volkes geschleppt haben.

Daß der 1. Mai in diesem Jahre überall in Deutschland durch Arbeitsruhe gefeiert wird, ist selbstverständlich. Heute hat das deutsche Proletariat die Macht, den

1. Mai zu einem Feiertag der Arbeit zu gestalten, und es muß von dieser Macht einmütig Gebrauch machen.

Daher Arbeiter, Gewerkschaftler, auf zur Maifeier 1919. Sorgt dafür, daß dieser Tag zu einer mächtvollen Kundgebung für den Völkerverband, den Völkerverfrieden, für Arbeiterschutz und Sozialismus in der ganzen Welt wird.  
Die Generalkommission.

## Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

### II.

Die an der Arbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände Deutschlands beteiligten Arbeitnehmerverbände haben sich auf die Aufstellung von Grundsätzen über die Zusammensetzung, Leitung, Zweck und Mittel der Vereinigungen, die als Arbeitnehmergewerkschaften gelten wollen, geeinigt. Diese Grundsätze wurden von der Konferenz in folgendem Wortlaut angenommen: „Als Gewerkschaften können nur solche Arbeitnehmerorganisationen gelten, die in ihren Satzungen oder in ihrem Handeln die folgenden Regeln über Zusammensetzung, Leitung, Zweck und Mittel anerkennen:

#### Zusammensetzung.

Eine Arbeitnehmergewerkschaft bezw. deren Sparten oder Sektionen soll bestehen aus den Arbeitnehmern des betreffenden oder verwandten Berufes, die ohne Unterschied des Geschlechts, Glaubensbekenntnisses und der Partei aufgenommen werden müssen. Arbeitgeber oder deren Vertreter dürfen dieser Arbeitnehmergewerkschaft nicht angehören. Ausnahmen sind nur dann zulässig, wenn es sich um bisherige Mitglieder der betreffenden Gewerkschaft handelt, die inzwischen Arbeitgeber oder Arbeitgebervertreter geworden sind und ihre Mitgliedschaft in der Arbeitnehmergewerkschaft nicht aufgeben wollen. Diesen außerordentlichen Mitgliedern darf weder Stimmrecht noch Stimme in den leitenden, örtlichen, bezirkslichen oder zentralen Instanzen der Arbeitnehmergewerkschaft zugebilligt werden. In Abstimmungen innerhalb der Ortsgruppe, der sie angehören, dürfen sie nicht teilnehmen. Arbeitgeber, die als solche aufgenommen wurden, müssen entfernt werden. Die Gewerkschaft muß den Grund der Gemeinsamkeit der Arbeitnehmerinteressen gegenüber dem Unternehmertum und die daraus folgende Solidarität aller Arbeitnehmer anerkennen, sowie diese Grundsätze auch sozialpolitisch betätigen.

#### Leitung.

Die Leitung der Arbeitnehmergewerkschaften liegt sowohl in der Hauptgeschäftsstelle wie auch in den Bezirks- und örtlichen Organisationen in den Händen von Arbeitnehmern. Diese Leitungen werden von den Arbeitnehmern nach dem demokratischen Wahlverfahren gewählt.

#### Zwecksetzung.

Der Zweck einer Arbeitnehmergewerkschaft ist die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Hebung der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Lage der Arbeitnehmer des betreffenden Berufes.

#### Mittel zum Zweck.

Zur Erreichung des Zweckes der Arbeitnehmergewerkschaft kommen in Betracht:

a) Verhandlungen mit den Arbeitgebern oder ihren Organisationen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und den Abschluß von kollektiven Lohn- und Arbeitsverträgen.

b) Die Arbeitsniederlegung (der Streik), wenn die Verhandlungen zu keinem annehmbaren Ergebnis führen.

Den Mitgliedern ist Streikunterstützung zu zahlen. Die Unterstützung, die auch im Falle einer Aussperrung oder Maßregelung der Mitglieder zu zahlen ist, muß in den Satzungen der Arbeitnehmergewerkschaft festgelegt werden.

c) Die gefällige und koste Ausbildung der Mitglieder.

d) Rechtsschutz und Unterstützungseinrichtungen.

e) Schutz der Arbeitnehmerrechte durch die Gesetzgebung.

Die finanziellen Mittel zur Durchführung des Zweckes der Arbeitnehmergewerkschaft sind durch Beiträge der Mitglieder aufzubringen.

Die Arbeitnehmergewerkschaft darf keine Zuerkennung materieller Art von Unternehmern oder Unternehmerorganisationen annehmen.

Diese Grundsätze gelten sinngemäß auch für die Arbeitnehmerorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter staatlicher und kommunaler Betriebe.

Die Konferenz gab diesen von ihr abgeänderten Grundsatzen ihre Zustimmung.

Sodann wurde die Anstellung eines weiteren Beamten die laufenden Geschäfte der Generalkommission beschließen. leitenden Beamten und Angestellten der Generalkommission wurde eine Lohnerhöhung von 150 M., den Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen 100 M. monatlich ab 1. Januar d. J. gewährt. Auch die Diäten der Generalkommission erfuhren eine den Löhnerhöhungsverhältnissen entsprechende Verbesserung. Dem Kassier der Generalkommission wurde Decharge erteilt.

Den zweiten Teil des Berichts der Generalkommission bildet ein Referat Legiens über Verhandlungen mit der Regierung und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die die geplante Aufrechterhaltung der Arbeiterräte und ihre Einfügung in die Gesetzgebung zum Gegenstand hatten. Danach sollen die Arbeiterräte als wirtschaftliche Interessenvertretungen anerkannt in der Verfassung verankert werden. Es sollen Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte zur Mitwirkung bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse geschaffen werden, weiter Bezirksräte und Zentralrat zur Mitwirkung bei der Sozialisierung. Der Redner bezeichnet diese Lösung als eine Enttäuschung der Arbeiter, von den Räten politische Aufgaben erwarten und als nachteilig das Wirken der Gewerkschaften und der Arbeitsgemeinschaften. auch in der Generalkommission in dieser Frage eine einheitliche Auffassung nicht bestehe, so gab der Redner anheim, aus der Konferenz eine einheitlich zusammengesetzte Kommission zu wählen, der Reichsregierung gegenüber den Standpunkt der Gewerkschaft zum Ausdruck zu bringen habe. Im Verlauf der Debatte, in der sowohl Redner für als auch solche gegen das Räteystem zum Wort kamen, machte Siebel den Vorschlag, eine Studienkommission einzusetzen, die die organisatorischen Wirkungen des Räteystems prüfen und geeignete Vorschläge machen sollte. Teilpart war der Meinung, daß die Prüfung dieser Frage ohnehin zu den Aufgaben der von der vorigen Vorstandskonferenz eingesetzten Verfassungskommission gehöre.

In den weiteren Erörterungen riet ein Redner, den lokalen Arbeiterräten neben ihren weitergehenden Aufgaben zugleich die der Gewerkschaftskartelle zu übertragen, während Jansson sich eingehend über den Charakter und die Wirksamkeit der Arbeiterräte in Rußland verbreitete und nachwies, daß diese nichts anderes als Organe der Diktatur des Proletariats sein wollen und sein können. Wir haben zu wählen zwischen Parlamentarismus und Räteystem, zwischen Demokratie und Diktatur. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, der Verfassungskommission die Vorberatung der Rätefrage zu übertragen, die für die nächste Vorstandskonferenz geeignete Vorschläge machen soll.

Ueber eine Resolution des Vertreters der Kürschner, Regg die gegen die Verhängung des Belagerungszustandes im Ruhrrevier und Stuttgart, sowie gegen die Einschränkung des heiligsten Rechts der Revolution protestiert, ging die Konferenz zur Tagesordnung über.

Nach einigen Mitteilungen Legiens über die Frage der internationalen Konferenz der Gewerkschaften wurde die Konferenz geschlossen.

## Vermischtes.

Arbeiterbedarf im deutschen Bergbau. Im deutschen Bergbau waren nach Angaben des „Arbeitsmarkt-Anzeigers“ am 20. März d. J. 12 652 Stellen unbesetzt, davon 310 in Rheinland, 416 in Westfalen, 248 in Hannover, 2165 in Brandenburg, 440 in der Provinz Sachsen, 40 in Sachsen und 5293 in Schlesien. Dem gegenüber besagt ein Bericht des Arbeitsnachweises für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau in Essen vom 21. März d. J. daß in dessen Bezirk 38 671 offene Stellen vorhanden waren, davon 30 016 für Untertagarbeiter, 4156 für Ubertagarbeiter, 300 für Handwerker, 3606 für Kokerei und Nebengewinnung und 300 für sonstige Spezialarbeiter.

Erwerbslose in Groß-Berlin. Die Zahl der Erwerbslosen in Groß-Berlin betrug am 27. März d. J. 267 354 (gegen 271 300 am 20. März).

Die Vorarbeiten für ein neues Arbeitsrecht sind nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums so weit vorgeschritten, daß sofort nach Ostern eine Arbeitskommission zur Beratung der Einzelabschnitte zusammentreten soll. Das ganze Gebiet des Arbeitsrechts soll nicht nur einheitlich zusammengefaßt werden, sondern es soll auch das Koalitionsrecht, das Berufsvereins- und Tarifvertragsrecht einbezogen werden. Ferner ist die Schaffung einheitlicher Arbeitsgerichte für alle Gruppen der Arbeitnehmer und Angestellten in Aussicht genommen. Die Einzelentwürfe sollen

balb einem größeren Kreise von Sachverständigen aus allen be-  
ligten Gruppen unterbreitet werden.

**Tarifabschluss in der Glasindustrie!** Unstreitig gehört die  
beit der Fensterglasmacher, genannt die Tafelglasmacher, zu der  
ersten und aufreibtesten der ganzen Glasindustrie. An den  
zen Bannöfen ist nach der achtstündigen Arbeitszeit eine  
epause von 24 Stunden, während an den Safenöfen die Ruhe-  
se gewöhnlich 36 Stunden beträgt. Die Arbeit ist daher eine  
egelmäßige und hängt von dem Schmelzprozeß ab. Auf Grund  
er überaus schweren Arbeit haben die Tafelglasmacher schon  
ner verhältnismäßig hohe Löhne gehabt und in der Friedens-  
auser freier Wohnung und Feuerung bis 400 Mk. monatlich  
ient. Leider standen diese Arbeiterschichten ihrer Berufsorga-  
ation fern, und erst seit einem Jahr, vornehmlich seit dem  
November, haben sich die Tafelglasmacher fast vollzählig ihrer  
ufsorganisation angeschlossen.

Am 2., 3. und 4. April fanden zwischen der Arbeiterschaft  
den Tafelglasindustriellen Verhandlungen statt, die zum Ab-  
uß eines Tarifvertrages führten. Durch den Vertrag werden  
Löhne der Tafelglasmacher in einheitlicher Weise geregelt, und  
de für die gelernten Tafelglasmacher und deren Hilfsarbeiter  
Lohnerhöhung von 60 Proz. gewährt, so daß die Zulagen sich  
250 bis 400 Mk. monatlich belaufen, denn recht erhebliche  
nerhöhungen wurden bereits vor einigen Monaten gewährt.  
Tarifvertrag wurde bis zum 30. September abgeschlossen. Zu-  
h bringt der Vertrag auch für eine Reihe anderer in der Glas-  
strie beschäftigten Arbeiter recht erhebliche Lohnerhöhungen.

Von Bedeutung ist ferner, daß es der Arbeiterorganisation  
ng, für die Feierschichten, die durch Kohlenmangel hervorge-  
n werden, eine Entschädigung zu erreichen. Die Industriellen  
lichteten sich, für die Arbeiter, die wegen Kohlenmangel aus-  
n müssen, 75 Proz. des Lohnes als Entschädigung zu zahlen.  
den dagegen die Betriebe ganz geschlossen, dann erhalten die  
Iglasmacher für jede entgangene Schicht 12 Mk., die Gehilfen  
t, als Entschädigung.

Die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland betrug nach dem  
e vom März d. J. im Reiche 1 040 717 Personen.

**Gleicher Lohn für gleiche Leistung.** Dieser gewerkschaftliche  
psatz ist jetzt auch durch Abmachungen zwischen der Vereini-  
der Lederfabrikanten und Jurichtereien von Berlin und Um-  
d und dem Zentralverband der Lederarbeiter und -arbeits-  
en Deutschlands für die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den  
ner Lohgerbereien und Jurichtereien in die Praxis umgesetzt  
en. Die betreffende Stelle lautet:

„Frauen erhalten bei der Affordarbeit denselben Stücklohn  
e die Männer. Mann und Frau, welche gemeinschaftlich die-  
be Arbeit verrichten, erhalten beide auch denselben Lohn.“

**Frauenarbeit in England.** Nach einer soeben veröffentlichten  
stift des englischen Arbeitsamtes waren im Juli 1914 ins-  
nt 3 276 000 Frauen in Industrie, Handel, Gewerbe und  
irtschaft beschäftigt. Bis zum April 1918 erhöhte sich diese  
um 1 532 000, von denen 1 516 000 an die Stelle von  
nern gesetzt worden waren. Im April 1918 waren 1 265 000  
terinnen in für die Regierung arbeitenden Privatbetrieben  
701 000 Arbeiterinnen in Munitionsfabriken tätig.

**Zuschüsse zu Notstandsarbeiten.** Der Reichsminister der Fi-  
en hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach von den zu  
andsarbeiten geleisteten Zuschüssen die Gemeinden ein Sechstel,  
Bundesstaat zwei Sechstel und das Reich drei Sechstel aufzu-  
en haben. Die Zahlung der Reichszuschüsse erfolgt vorschuf-  
durch den Bundesstaat, in Preußen auf Anweisung der Re-  
ngspräsidenten, für Berlin auf Anweisung des Oberpräsidenten  
n Charlottenburg. Die Reichshauptkasse ist angewiesen, die  
den bundesstaatlichen Kassen geleisteten Zuschüsse zu erstatten.

**Keine Arbeiterentlassung ohne Arbeitszeitherabsetzung.** Das  
Ministerium für wirtschaftliche Demobilmachung hat durch  
nderung der Verordnung vom 4. Januar 1919 betr. Ein-  
ng, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter ange-  
et, daß als unterste Grenze der Arbeitsleistung eine Wochen-  
itszeit von 24 Stunden für die Bemessung der Arbeitsleistung  
s Arbeiters im Betrieb anzusehen ist.

**Ein Lohn tarif für die Walдарbeiter in Württemberg** wurde  
25. März nach wiederholten Verhandlungen zwischen der Re-  
ng, der württembergischen Forstbirektion, dem Verband der  
sawaldarbeiter und den organisierten Walдарbeitern vereinbart.  
Vertragwurfs des Wandarbeiterverbandes wurde mit wert-  
nderungen angenommen. Der Tarif enthält 4 Lohnklassen  
die Holzhauer, die Wege- und Kulturarbeiter und für die Ar-

beiterinnen. Er bestimmt Mindestlöhne nach Stunden mit  
einem Zuschlag von 25 Proz. bei Affordarbeiten. Der Tarif tritt  
am 1. April in Kraft. Für die Zeit vom 1. Januar bis 1. April  
werden auf die bisherigen Löhne 10 Proz. als außerordentliche  
Teuerungszulage nachgezahlt. Jedes Jahr im Herbst finden, wenn  
es von einer Seite der Beteiligten beantragt wird, im Arbeits-  
ministerium weitere Verhandlungen statt. Die in dem Tarif ent-  
haltenen Bestimmungen werden für alle württembergischen Wald-  
besitzer und Walдарbeiter Rechtsverbindlichkeit erhalten.

## Versammlungsberichte.

**Rheinsberg.** Die Zahlstellenversammlung vom 6. April 1919  
wurde vom Vorsitzenden um 1/8 Uhr eröffnet. Der Vorsitzende gab  
Bericht über die örtliche Lage; er konnte feststellen, daß die Vereinbarun-  
gen zwischen dem Hauptvorstand und den Vereinigten Steingutfabriken  
von der Firma C. & E. Carstens vollständig anerkannt worden sind. In  
manchen Beziehungen hat die Zahlstelle mehr erreicht als der Haupt-  
vorstand. Unter Punkt 2: „Anträge und Beschwerden“, entspann sich  
eine längere Debatte. Es wurde beschlossen, sich der Resolution der  
Zahlstelle vollständig in Nr. 12 der „Ameise“ voll und ganz anzuschließen.  
Gleichzeitig schloß sich die Versammlung der Resolution Goldlauter an  
und erhebt schärfsten Protest gegen die Anmerkung des Redakteurs. Die  
Versammlung ist der Meinung, daß der Redakteur nicht berechtigt ist,  
eine ganze Zahlstelle als Spartakisten hinzustellen und es aus diesem  
Grunde ablehnt, mit Kollegen, welche nicht seiner Ansicht sind, zu rechnen,  
was im Interesse der Arbeiter nötig ist oder nicht. Die Versammlung  
steht ferner auf dem Standpunkt, so schnell wie möglich eine General-  
versammlung einzuberufen, welche den schwebenden Fragen der jetzigen  
Zeit Rechnung trägt, und fordert die anderen Zahlstellen auf, hierzu  
Stellung zu nehmen und Anträge, zwecks sofortiger Einberufung zur  
Generalversammlung an den Hauptvorstand gelangen zu lassen. Weiter  
wurde beschlossen, betreffs der Grenzstreitigkeiten seitens unseres Ver-  
bandes und des Fabrikarbeiterverbandes Schritte beim nächsten Gewerk-  
schaftskongreß zu unternehmen. Um den Anpöbelungen einiger Kollegen,  
die mit der Handlungsweise und Taktik unseres Zahlstellenvorstandes  
nicht einverstanden sind, die Spitze abzubreaken, wurde demselben von  
der gesamten Versammlung ein Vertrauensvotum ausgestellt.

Zu Punkt 3: „Mairfeier“ wurde der Antrag gestellt, den 1. Mai  
unbedingt zu feiern, gleichgültig, ob er durch Regierungsbefehl gefeiert  
wird oder nicht.

Punkt 4: „Verschiedenes“. Der Ueberschuß vom Stiftungsfest der  
Zahlstelle wurde der Lokalkasse überwiesen. Mit einer Aufforderung  
seitens des Vorsitzenden, weiterhin für den Verband zu agitieren, schloß  
die imposante Versammlung.

**P. P.** Die Zahlstelle Rheinsberg teilt mit, daß inzwischen von  
der Firma der 1. Mai ohne Lohnausfall als Feiertag der Arbeiterschaft  
zugestanden wurde. Wir empfehlen sämtlichen Unternehmern dieses  
zur Nachahmung.

**Schleusingen.** Die erste Versammlung unserer Zahlstelle fand  
am 5. April statt und beschäftigte sich ausschließlich mit Fragen unseres  
Lohn- und Arbeitsverhältnisses. Die Reinigung der Arbeitsräume ist  
für uns eine Angelegenheit, die der Erörterung wert ist, und gab dem  
anwesenden Gauleiter Hoffmann Veranlassung, hierüber längere Aus-  
führungen zu machen. Er will der Firma Schmidt aus diesem Anlaß  
ein bezgl. Schreiben zukommen lassen. Die Anstellung eines Formen-  
trägers wurde uns von der Firma bewilligt, doch sollte derselbe einen  
Lohnsatz erhalten, den wir als unzulänglich betrachten. Beschlossen  
wurde, daß der Formenträger einen Stundenlohn von 1 Mk. erhalten  
soll. In bezug auf die Regelung der täglichen Arbeitszeit wurde Ueber-  
einstimmung mit dem Vorschlage der Firma erzielt. Danach soll ge-  
arbeitet werden von Montag bis Freitag von früh 7 Uhr bis nach-  
mittags 5 Uhr, mit Unterbrechung durch eine 1/2 stündige Frühstücks- und  
eine 1 stündige Mittagspause, Sonnabends bis 12 1/2 Uhr mittags,  
unterbrochen durch eine 1/2 stündige Frühstückspause. Wegen der Heim-  
arbeit von vier Malern wurde deren Antrag aufrechterhalten. Wegen  
der Wiederbeschäftigung des Formgießers Stöcklein erklärt sich der Vor-  
sitzende bereit, dieserhalb mit der Firma Rücksprache zu nehmen. Zum  
Schluß ermahnte der Vorsitzende die Mitglieder wiederum, beim Ver-  
bande zu bleiben, nicht etwa in den früher bereits einmal begangenen  
Fehler zu verfallen und nach einiger Zeit die Zahlstelle wieder in die  
Brüche gehen zu lassen!

**Leitow.** In der Zahlstellenversammlung vom 7. April gedachte  
der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung zunächst der verstorbe-  
nen Mitglieder August Friedrich, Dreher, und Frida Opitz,  
Stangerin. Die Versammlung erhebt sich zu Ehren der Verstorbenen  
von den Plätzen. Anwesend sind circa 100 Mitglieder. Zum ersten  
Punkt der Tagesordnung nimmt Genosse Rorsch, Berlin, das Wort zu  
einem Vortrage über: „Sozialisierung“. In circa einstündigem Vortrage  
schildert der Redner den Zweck und die Ziele der Sozialisierung und  
zeigt die Wege, auf denen man am schnellsten zur Sozialisierung ge-  
langen könne. Eine von der Zahlstellenverwaltung ausgearbeitete Re-  
solutions zur Sozialisierungsfrage wird gleichzeitig mit dem Vortrage zur  
Diskussion gestellt. Die Resolution hat folgenden Wortlaut: Nachdem  
auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik die programmatische Forderung  
der Sozialdemokratie, die Sozialisierung, die bedeutungsvollste Frage der  
Gegenwart geworden ist, hat auch die Arbeiterschaft der Porzellanindustrie  
die dringende Aufgabe zu erfüllen, diese Frage zu beraten und zu ver-  
wirklichen helfen. Zur Aufrechterhaltung und Hebung der Porzellan-  
u. Industrie, bezw. Steigerung der Produktion ist die Möglichkeit schon  
um deswillen gegeben, weil die Rohmaterialien vom Inlande zu erhalten  
sind. Angesichts der Tatsache, daß unsere Produkte nach dem Kriege  
auch für das Ausland in erhöhtem Maße begehrterwert geworden sind,  
kommen diese Produkte auch künftig ganz besonders für den Austausch-  
verkehr mit dem Auslande in Frage. Der unmittelbare Erfolg dieses

Verkehr, der in der Leitung des Staates liegen muß, wird die Einführung von Nahrungsmitteln und notwendigen Rohstoffen für andere Industrien sein. Aus den Erfahrungen, welche die Arbeiterschaft jahrzehntelang in der Porzellanindustrie und ihrem Unternehmertum gesammelt haben, erkennt sie, daß durch Sozialisierung die ökonomische Entwicklung und der soziale Fortschritt nicht gehindert, sondern gefördert und beschleunigt werden kann. Die Zusammenlegung familiärer Betriebe unseres Industriezweiges in die Hände des Staates würde ferner die Ausrottung der Schmutz- und Schleuderkonkurrenz mit sich bringen, unter der nicht nur die gesamte Industrie, sondern vor allem die Arbeiterschaft zu leiden hat. Eine weitere erfreuliche Folgeerscheinung wird eine Regulierung der heute bestehenden weitgehenden Verschiedenartigkeit der Löhne sein. Die Ausdehnung der technischen Errungenschaften auf alle Betriebe muß ferner eine erhebliche Steigerung der Produktion mit sich bringen. Die allgemeine Arbeitsfreudigkeit wird nicht vermindert werden, zumal jeder Arbeiter dann die Ueberzeugung haben kann, daß der Nutzen seiner Arbeit nicht mehr einer kleinen Minderheit der Gesellschaft, sondern dem Wohle der Erzeuger und der gesamten Volkswirtschaft zufließt. Der Erreichung des Zieles auf Sozialisierung und damit des Systems von Ausbeutern und Ausgebeuteten steht nach eingehenden Erwägungen in der Porzellanindustrie nichts mehr im Wege. Die Zahlstelle Lestow empfiehlt allen Zahlstellen vorstehende Resolution zur Beratung. Der Verbandsvorstand möge sich bemühen, dem Fortschritt den Weg zu ebnen und im Sinne unserer Resolution zu wirken.

In der lebhaften Diskussion sprachen sich fast alle Redner im Sinne der Referenten und der Resolution aus. Von einigen Kollegen wurden Bedenken geäußert und ein Nachtrag zur Resolution empfohlen folgenden Wortlauts: Die im Reichsgesetz über die Kohlenwirtschaft enthaltenen Maßnahmen werden von der Zahlstelle als nicht genügende Sozialisierung anzuerkennen, sie müßte für die Porzellanindustrie unter vollständiger Entschädigung und ohne jede Entschädigung der geeinten Kapitalisten durchgeführt werden. Nach längerer Diskussion wurde die Resolution der Verwaltung einstimmig, der Nachtrag gegen einige Stimmenhaltungen angenommen. Dierauf gibt der Kassierer den Stassenabschluß für das letzte Quartal bekannt. Die Einnahme betrug 2926,28 Mk., die Ausgabe 2571,94 Mk., an die Hauptkasse eingesandt 1700,— Mk. Im 12-Proz.-Fonds betragen die Einnahmen 533,03 Mk., die Ausgaben 193,91 Mk. Mitglieder waren vorhanden 142 weibliche, 129 männliche, zusammen 271. Unter „Verschiedenes“ wurde zunächst über die Maifeier beraten und beschlossen, den 1. Mai durch gänzliche Arbeitsruhe zu begehen und damit für die Errungenschaften der Revolution aufs neue zu demonstrieren. Ferner wurde noch die Ferienfrage diskutiert. Wegen der Fortzahlung des Lohnes für den 1. Mai, sowie wegen der Ferienfrage soll der Arbeiterausschuß mit der Firma Rücksprache nehmen. Ferner wurde beschlossen, zur Anschaffung von Bibliothekbüchern 60 Mk. aus dem 12-Proz.-Fonds zu verwenden. Für das schon längere Zeit franke Mitglied Neupert soll eine Sammelliste in Umlauf gesetzt werden. Zum Schluß gibt Kollege Pollner die Bestimmungen über Feuerbestattung bekannt und fordert die Mitglieder auf, auch im Feuerbestattungsverein die Mitgliedschaft zu erwerben.

Weiden. Die am 4. März 1919 in Markt-Redwitz in Anwesenheit des Gauleiters Bredow tagende Gaokonferenz der oberfränkischen und oberpfälzischen Zahlstellen des Porzellanarbeiterverbandes richtet an sämtliche Zahlstellen die Bitte, an den Hauptvorstand heran zu treten zwecks Schaffung eines Kollektivvertrages. Von der Zahlstelle Weiden i. Obpf. wurde der Antrag einstimmig angenommen.

S. A.: Hans Preis, Schriftf.

## Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

**Bonn.** Samstag, 9. Mai, abends 6 Uhr, im „Volkshaus“, Sandkaule 13. Die Kollegen werden ersucht, sich vollzählig an der Maifeier zu beteiligen. Programm wird noch bekannt gegeben.

**Dresden.** Sonnabend, den 26. April, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus Meißner für die Mitgliedschaft Meißner Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Sozialisierung und die Gewerkschaften. Referent: Arbeitersekretär Böffel. Gewerkschaftliches.

**Fürstberg a. Weiser.** Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zahlstellenversammlungen jeden Montag nach dem Monatsersten, abends 8 Uhr, im „Sollinger Hof“ stattfinden.

**Gräfenhain.** Sonnabend, 26. April, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zum Steiger“.

**Gräfenhain.** Sonntag, 27. April, nachmittags 3 Uhr, im „Thüringer Hof“ in Taubenbach für die Betriebe Rippelsdorf, Wolf & Leich, Taubenbach und Schmiedefeld.

**Taucha.** Samstag, 26. April, nachmittags 4 Uhr, im Gasthaus „Zur Sonne“, Unterer Sand.

### Strecktafel.

**Charlotte** = Bernhard Berner, Dreher, geboren am 11. Juli 1853 in ... Magdeburg, gestorben am 12. April an Lungentuberkulose und Herzschwäche. Mitglied seit 1898.

**Carl** = Carl Föhme, Dreher, geboren am 24. August 1865 in Plettenberg, gestorben am 9. April an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1891.

**August** = August Friedrich, Dreher, geboren am 29. Oktober 1853 in Neu-Salzbrenn (Schles.), gestorben in Rumänien an Lungentzündung. Mitglied seit 1909.

**Frieda** = Frieda Opitz, Stanzlerin, geboren am 1. Dezember 1898 in Groß-Lichterfelde, gestorben am 1. April an Lungentzündung. Mitglied seit 1918.

Ehre ihrem Andenken!

## Adressen-Änderungen.

Bonn. Vorsitzender: Gustav Zahn, Dreher, Erntefeldstr. 25.  
 Kobach b. Coburg. Schriftführer: Heinrich Grafmud,  
 Ernststraße. Kassierer Oskar Herr wohnt Alexandrinenstr. 21.

### Danksagung.

Dem sicheren Tode durch Betriebsunfall entrissen wurde ich Sonnabend, den 29. März d. J., nachmittags, durch die Aufmerksamkeit und das energische Eingreifen des Kollegen August Walthe, sowie anderer Kollegen, wofür ich denselben hierdurch meinen herzlichsten Dank ausspreche.

Hennigsdorf (Osthavelland), im April 1919.

Theodor Klarowski  
 Porzellanarbeiter.

## Arbeitsmarkt.

### Modelleur

der Porzellan- und Steingutgeschirrbzweige sucht, gestützt auf reichere Erfahrungen und gute Zeugnisse, dauernde Stellung als Modelleur oder Dreher. Offerten erbeten unter F. 37 an die Redaktion „Die Ameise“.

### Tüchtiger Formengießer

kann eingestellt werden. Schleifische Porzellanfabrik, G. m. b. H., Tiefenfurt i. Schles., Bahnstation Kaufha, D. S.

### Tüchtiger Schriftmaler

sucht Stellung, eventl. auch als Obermaler. Derselbe ist mit allen kommenden Arbeiten, wie Email- und Farbschrift, Schablonenschnitt und Schrift-Lithographie, vertraut.

Offerten unter M. 1919 an die Redaktion der „Ameise“.

## Geschäfts-Anzeigen.

### Existenz für Maler.

Wegen hohen Alters unter günst. Beding. zu verk.: Malerei mit 3 Böden, großer Privatkundschaft, auch auswärtige. Spezialität: Einbrennen Goldblech für Diletanten. Großer Kundenkreis in Schriftmalerei, Gravur usw. auch an Wiederverkäufer. Angebote an die Redaktion „Die Ameise“.

Zur Lieferung allerfeinsten Pinsel für die gesamte Keramikmalerei, sowie Horn- und Stahl-Spachteln, Pinsel empfiehlt sich

**Erdmann Wunder**

Altwasser i. Schl., Charlottenbrunnerstr.

### Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler

überhaupt der Porzellanbranche, sowie Stahlspachteln und Dreherwerkzeuge liefert zu soliden Preisen

Paul Materne, Schönwald i. Oberfranken

Auf Verlangen werden Pinsel nach Zeichnung oder Muster angefertigt.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung

Oskar Rottmann, Stadtilm

### Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 5—10 Pf. je nach Gehalt, bei größeren auch tend mehr) überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold kauft

und zahlt **Feingold 8,00 Mk.** die Schmelze für 1 Gramm anstatt 10,00 Mk.

**Max Haupt, Dresden-A., Böhmisch-Platz 17.**

### Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen b. Jlm., Th.

### Alle Malrückstände, Goldflaschen, goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel usw.

kauft zu höchsten Preisen **Feingold 8,— Mk.**

— zahle für 1 gr ...

**Otto Siefert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32.**

Schnelle, reelle Bedienung

### Goldflaschen, goldhaltige Lappen sowie alle Malrückstände zum Einschmelzen

kauft R. Rißer, Dresden-A., Gerichstr. 8 II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen  
 Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
 Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Ballstr. 22.